

21. Juni 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. AVCH/315

Bonn, den 21. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	<u>Mehr Schutz den Müttern !</u>	60

Die Verantwortung der Regierungsparteien
Von Dr. med. Ernst Schmidt, MdB

2a	<u>"Neuer Typ" ist nicht gefragt</u>	26
----	--------------------------------------	----

Kur bevorstehenden Gründung des deutschen Entwicklungsdienstes

2a	<u>Zweierlei Mass</u>	21
----	-----------------------	----

Die CSU und der Bundesjustizminister Eucher

3 - 4	<u>Teilen und herrschen</u>	82
-------	-----------------------------	----

Die politische Aufgabe in unserer Zeit
Von Wilhelm Dröschner, MdB

5	<u>Verschleppungstaktik</u>	55
---	-----------------------------	----

Kindergeldgesetz - auf die lange Bank geschoben
Von Horst Gerlach, MdB

6	<u>SFIO, Europa und Atlantikpakt</u>	27
---	--------------------------------------	----

Die außenpolitische Linie der SFIO ist unverändert
Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Schöner

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Mehr Schutz den Müttern!

Die Verantwortung der Regierungsparteien

Von Dr. med. Horst Schmidt, MdB

Seit den richtungweisenden Ausführungen des Göttinger Universitätsprofessors Dr. Kirchhoff auf dem Deutschen Ärztetag 1961 in Wiesbaden reißt die Diskussion in der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit eines besseren Mutterschutzes nicht mehr ab. Die im Vergleich zu anderen westlichen Ländern in der Bundesrepublik noch übermäßig hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit spielt dabei eine ganz besondere Rolle, sterben doch auf 100 000 Einwohner gerechnet noch rund 100 Mütter infolge von Schwangerschafts- und Wochenbettkomplikationen, und erreichen von 1000 lebendgetorenen Säuglingen 29 nicht das erste Lebensjahr! Presse, Rundfunk und Fernsehen haben gerade in den letzten Monaten diese erschütternden Tatsachen besonders herausgestellt und entscheidende Maßnahmen gefordert.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im Juni vergangenen Jahres einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Mutterschutzes eingebracht, weil das Mutterschutzgesetz von 1952 veraltet ist und bessere, dem heutigen Stand der Wissenschaft entsprechende Schutzmaßnahmen für unsere werdenden Mütter erforderlich sind. Vor allem aber gilt es, die hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit, die ein bezeichnendes Licht auf die gesundheitspolitische Verantwortung der Bundesregierung wirft, endlich wirkungsvoll zu senken!

Der SPD-Entwurf sieht fünf entscheidende Maßnahmen auf dem Gebiete des Mutterschutzes vor:

1. Absolutes Verbot aller Fließband-, Prämien- und Akkordarbeit für werdende Mütter.
2. Erhöhung der Schutzfristen von bisher 6 auf 10 Wochen vor und nach der Entbindung.
3. Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen für werdende Mütter.

4. Kostenübernahme der gewünschten Entbindung in einer Klinik.
5. Gütigkeit der gesundheitlichen Maßnahmen des gesetzlichen Mutterschutzes für alle Mütter.

Der Ausschuss für Gesundheitswesen des Bundestages befasste sich nun mitberatend mit diesem Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion. Er verpasste dabei seine große Chance, durch ein positives Votum ein vorbildliches, dem neuesten Stand der medizinischen Wissenschaft angepasstes Mutterschutzgesetz zu verabschieden.

Wir Sozialdemokraten können als Erfolg unserer Arbeit die Tatsache vermerken, daß der Gesundheitsausschuss einstimmig unsere Anträge auf Einführung von Versorgeruntersuchungen für werdende Mütter und Verlängerung der Schutzfristen von sechs auf acht Wochen nach der Entbindung billigte. Leider aber folgten die Vertreter der Regierungsparteien nicht den anderen sozialdemokratischen Forderungen, vor allem der wissenschaftlich ganz besonders geforderten Erhöhung der Schutzfristen vor der Entbindung. Sie lehnten ausserdem die Ausdehnung der gesundheitlichen Maßnahmen des Mutterschutzes auf alle Mütter ab, als wenn ein sinnvoller Mutterschutz teilbar wäre und die hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit nur einen Teil unserer Bevölkerung betraf!

Wenn man den Lebensstandard und den sozialen Leistungsstand eines Volkes nach der Höhe der Mütter- und Säuglingssterblichkeit messen kann, wie ein bedeutender deutscher Kinderarzt feststellte, dann müssen wir mehr als bisher zum Schutze unserer Mütter tun. Hier besteht eine grosse Verantwortung für das gesamte Parlament. Nach den Teilerfolgen im Ausschuss für Gesundheitswesen werden wir Sozialdemokraten im federführenden Ausschuss für Arbeit, der sich nun mit dem Mutterschutzgesetz zu befassen hat, weiterhin eindringlich auf die Erfüllung der notwendigen und sachlich begründeten Verbesserungen des Mutterschutzes hinwirken. Die Regierungsparteien werden dann endgültig Farbe bekennen müssen, ob sie gewillt sind, mit uns gemeinsam den Weg zu einem besseren Schutz unserer Mütter zu gehen!

"Neuer Typ" ist nicht gefragt

sp - Gibt es eigentlich irgendetwas auf dieser Erde, aus dem wir Deutschen nicht doch noch irgendwie eine Art Weltanschauung machen? Für die US-Amerikaner zum Beispiel ist das antikolonialistische Trumpfpaß Kennedys, das sogenannte "Peacecorps", trotz alles verständlichen propagandistischen Drumherums eine nüchterne und handfeste Angelegenheit einer rationalen Entwicklungshilfepolitik.

Die deutsche Version des kennedyschen "Peacecorps", der "Deutsche Entwicklungsdienst", soll am Montag erst feierlich aus der Taufe gehoben werden, ganz zufälligerweise in Gegenwart Kennedys selber, und schon schlagen wir uns mit Vorstellungen herum, die aus einer handfesten Aktion etwas typischdeutsch Verklärtes machen könnte, wenn man nicht von vornherein einen dicken Riegel vorschiebt. Es soll hier nicht näher untersucht werden, wer von den beteiligten Initiatoren nun wirklich auf die unglückselige Idee gekommen sein könnte, die jungen deutschen Entwicklungshelfer, von denen trotz der erforderlichen Portion von Idealismus "nüchterne Abenteurer" dichtete das entwicklungsministeriale Pressereferat, natürlich in allererster Linie hartes Zupacken und realer Wirklichkeitssein verlangt werden muß, mit dem Etikett zu versehen, sie würden "draussen" so etwas wie ein "neuer Typ" werden. Nichts Schlimmeres könnte ihnen und was geschehen, als diese Metamorphose ins weltanschaulich-dramatische Besondere! Wenn diese jungen Leute als Boten des freien Teils Deutschlands und der freien Welt in den befreundeten Entwicklungsländern die Hand anlegen, um gemeinsam mit den dort lebenden Partnern Aufgabenarbeit zu leisten, dann sollen und dürfen sie nichts anderes sein als junge Männer und Frauen unserer nüchternen und praktischen Zeit und unserer illusionelosen Welt. Mit dieser Aufgabe haben sie so viel zu tun, daß ihnen keine Sekunde Zeit bleibt, um ein "neuer Typ" zu werden, vor dem uns Gott behüten möge. Deshalb soll auch der Deutsche Entwicklungsdienst von Anfang an vor dieser unnötigen Hypothek bewahrt bleiben, deren Konsequenzen uns sonst eines Tages teuer zu stehen kommen könnten.

+ + +

Zweierlei Maß

sp - Der Bundesjustizminister Bucher (FDP) ist in die Schutzlinie der CSU geraten. Die CSU-Korrespondenz verübelt den Ausspruch Buchers, wonach er, der Justizminister, den Eindruck habe, es handle sich bei dem gängigen Verfahren gegen den "Spiegel" nicht gerade um einen Abgrund von Landesverrat - so der Bundeskanzler im November vorigen Jahres. Die CSU leitet daraus den klassischen Fall eines Eingriffs in ein schwebendes Verfahren ab. Dies sei keine Empfehlung für die Mitgliedschaft in einer neuen Bundeskabinett. Mißt die Partei des Herrn Franz Josef Strauss hier nicht mit zweierlei Maß? Als Bundeskanzler Adenauer von der Tribüne des Bundestages aus seine schwerwiegenden Anklagen gegen den "Spiegel" erhob - nach Beweisen für die Richtigkeit der Beschuldigungen muß immer noch gesucht werden - schwieg die CSU. Sie nahm es auch als selbstverständlich hin, daß der damalige Verteidigungsminister und jetzige CSU-Chef Öffentlichkeit und Parlament irreführte und eine Version der Begleitumstände dieser Aktion gab, die die Wahrheit auf den Kopf stellte. Die CSU verteidigte Strauss später mit der Bemerkung, er habe gelogen, um den größten Landesverrat aller Zeiten aufzudecken, also gewissermaßen aus patriotischen Gründen. Ging es nach dieser Partei, müßte wohl Strauss für diese Herodotatentat einen besonderen Orden erhalten. Doch Spaß beiseite. Wie werden sich erst Herr Strauss und seine Freunde verhalten, sollte das Gericht nach sorgfältiger und objektiver Untersuchung zu gleicher Bewertung wie der Bundesjustizminister kommen?

+ + +

Teilen und herrschen

Die politische Aufgabe in unserer Zeit
von Wilhelm Dröschner MdB.

Teile und herrsche - divide et impera. Seit den Zeiten der Römer ein geflügeltes Wort in der Politik. Und ein oft sogenanntes, spekulierend auf den allzeit barocken Geist menschlicher Zwietracht.

Aber das Wort "teilen" hat auch einen anderen Sinn. Den des "teilen mit einem anderen". Und in diesem letzteren Sinn wird es eminent politisch in unserer Zeit.

Was noch vor einem Jahrzehnt nur einigen wenigen Köpfen in dieser Welt deutlich vor Augen stand, beginnt allmählich in die Mittelstufe menschlichen Bewußtseins vorzudringen. Die Bevölkerungsexpansion nämlich, die sich in unserer Generation über die ganze Erde hinweg vollzieht: sechs Milliarden Menschen - doppelt so viel wie heute - werden gegen Ende unseres Jahrhunderts den Lebensraum auf den fünf Kontinenten dichter und dichter besiedeln.

Die Lawine menschlichen Fleisches, menschlicher Vergänglichkeit, aber auch menschlicher Intelligenz brandet immer stärker immer schneller um den Erdball. Und dann wird, wie Wollay richtig prophezeit, die "Zukunft ganz anders" sein.

Diese Lawine unter Kontrolle zu bringen, sie zu ordnen, in freie Bahnen zu leiten und nicht alles Bestehende niederreißen zu lassen, das ist die große politische Aufgabe unserer Zeit. Gewaltiger als jede Organisationsaufgabe, die menschlichen Geist bisher gestellt wurde. Als Alternative bliebe nur Chaos und Untergang Atomböbel.

Kennedy ist der erste Staatsmann dieser Welt, der mit seiner wissenschaftlichen und politischen Kampfschaft versucht, den Anforderungen dieser dreidimensionalen Politik gerecht zu werden. Er hat rechtzeitig erkannt, daß Politik zu neuen Ufern (new frontier) vorzudringen muß. So führte er seinen Wahlkampf, so eroberte er die Führung der Nation. Und nun sind sie an der Arbeit in den USA. Die Konzeption ist großartig wie noch nie zuvor in der Geschichte. Begeistern, mitreißen. Volldampf in der Wirtschaft, Weltraumfahrt, Harmonisierung der Gesellschaft durch Sozialleistungen, gewaltige Bildungsoffensive. Aber auch die Kommissie sind stark: Gruppenegoismus, reaktionäres Denken, Rassenstreitigkeiten - die Trägheit der Gefolgschaft in einem demokratischen Staat. Das Recht und die Freiheit, auch zu großen Gedanken "nein" zu sagen.

Kennedys große Erkenntnis ist aber: Diese Zeit wird nur beherrschen, wer teilen kann - nicht im Sinne des klassischen "divide",

sondern im modernen Sinn der "einen, ganzen Welt". Dafür kämpfen er und seine Mannschaft. Werden sie es schaffen?

Sie werden die Antwort zuerst im eigenen Lande, dann vor allem im gärenden Mittel- und Südamerika geben müssen. Aber auch Afrika und Asien rufen zum großen "Wettbewerb des Teilens".

* * *

In der bisherigen Geschichte fiel den Kommunisten das Teilen leicht. Sie vertraten gesellschaftlich die Gruppe derer, die vom Teilen profitierte. Das ist nun anders geworden. Die UdSSR ist selbst eine große Industrienation geworden, die ein wesentlich höheres Sozialprodukt schafft und höheren Lebensstandard aufweist, als die meisten Entwicklungsländer. Und China grenzt an! Eine Entwicklungsaufgabe für Jahrzehnte.

Werden die Sowjets so teilen, daß sie einen riesigen einheitlichen kommunistischen Wirtschaftsraum schaffen, der China einschließt? Können sie das überhaupt noch? Müssen sie nicht die eigenen Bürger durch neuen Terror zum Stillhalten beim dann unvermeidlichen Absinken des Lebensstandards, des kommunistischen Wirtschaftswunders, zwingen? Solche Überlegungen erhellen blitzlichtartig den Hintergrund russisch-chinesischer Spannungen.

Wir erleben also das faszinierende Schauspiel eines Wettlaufs um Fortschrittlichkeit zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR. Nur wer bereit ist, mit den Nachbarn, mit dem "Nächsten auf der ganzen Welt" zu teilen, hat offenbar noch eine Chance, die nächsten Jahrzehnte als Führungsnation zu überstehen und der kommenden Menschheit ein wenig der eigenen Lebensart mitzugeben. Das ist Quintessenz politischer Weitsicht 1963.

Und ob es an der Schwelle des dritten Jahrtausend noch "Führungsnationen" geben wird, bleibt dabei völlig offen. Das ist eine Frage, mit der unsere Eitel zu tun haben werden.

* * *

Die Frage, die uns angeht, ist einfach die: Verhalten wir selbst uns richtig? Die politischen Führer der europäischen Nationen: Adenauer, de Gaulle, Macmillan sind ebenso Relikte von gestern wie die verbliebenen Diktatoren Franco und Ubricht. Und ob Erhard mehr sein wird, ob er über seinen marktwirtschaftlichen Heute das Kommando sieht, wird er erst noch beweisen müssen.

Europa hat den Anschluß an Morgen noch nicht gefunden. Gewiß braucht man Männer, die das "Heute" sehen und bewältigen. Wer aber dabei übersieht, daß täglich die Weichen in die Zukunft gestellt werden, der wird bald auf dem Abstellgleis der Geschichte landen.

+ + +

Verschleppungstaktik
Kindergeldgesetz - auf die lange Bank geschoben
Von Horst Gerlach, MdB

Die Beratungen des Ausschusses für Arbeit über das Bundeskindergeldgesetz sind abgeschlossen. Mit Bitterkeit mußten sich die SPD-Mitglieder des Ausschusses einer Mehrheitsentscheidung beugen, die den Termin des Inkrafttretens auf unbestimmte Zeit hinausschiebt. Vorgesehen war nach dem Regierungsentwurf der 1. Juli 1963. Mit der jetzt beschlossenen Formulierung: "Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden zweiten Kalendervierteljahres in Kraft" wird die Entscheidung aus der Hand der Legislative gegeben. Wann der Bundesarbeitsminister den Preistempel zur Verkündung dieses Gesetzes benutzt, ist ebenso ungewiß, wie die Frage, ob der Bundesarbeitsminister nach dem Kanzlerwechsel überhaupt noch bleibt. Jedenfalls hat die von ihm in erster Lesung des "Sozialpakets" so verbissen verkündete rasche Verabschiedung dieses Teils des "Pakets" durch die Regierungsparteien selbst - doch wohl auch mit seiner Zustimmung - verzögert. Von dieser Verschleppungstaktik sind nicht nur die Anspruchsberechtigten betroffen, sondern auch die Beitragszahler, d.h. die gesamte Wirtschaft, die mit Recht auf die Befreiung von der Beitragszahlung seit Jahr und Tag gewartet hat.

Der Antrag, die Leistungen für das 3. Kind auf 50.-- DM, für das 4. Kind auf 60.-- DM und für das fünfte und weitere Kinder auf 70.-- DM zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. Wie erwartet wurde der Antrag auf Fortfall der Einkommensgrenze, der von den SPD-Abgeordneten eingebracht wurde, von den Regierungsparteien abgelehnt; desgleichen ein Antrag des Abgeordneten Behrend, SPD, auf Festsetzung einer einheitlichen Einkommensgrenze für das Zweitkindergeld auf 750.-- DM. Auch die Vorlage des Ausschusses für Familien- und Jugendfragen, die Einkommensgrenze auf 700.-- DM festzusetzen, wurde nicht akzeptiert. Statt dessen wurde die Regierungsvorlage, die eine gespaltene Einkommensgrenze für Familien mit 2 Kindern in Höhe von 600.-- DM und für Familien mit 3 und mehr Kindern in Höhe von 700.-- DM vorsah, verschleppert. Mit der Mehrheit der Regierungsparteien wurde eine einheitliche Einkommensgrenze von 600.-- DM beschlossen. Mehr als 300.000 Anspruchsberechtigte werden damit vom Bezug des Kindergeldes nach der Stichtagsüberprüfung zum 1. 7. 1963 vom Bezug des Kindergeldes für das 2. Kind ausgeschlossen.

Mit 19 gegen 7 Stimmen bei einer Enthaltung wurde ein FDP-Antrag angenommen, die Kindergeldkassen den Finanzämtern anzugliedern. Mit dieser Entscheidung wird eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung in Bezug auf die Einkommensfeststellung erreicht. Allein die Kosten für die Einkommensfeststellung durch die Arbeitsämter, die bisher die Kindergeldkassen verwalteten, betragen 40 Prozent des Verwaltungsaufwandes.

Für die von den neuen Träger zu übernehmenden Bediensteten der Familienausgleichskassen konnten auf Antrag der SPD Verbesserungen hinsichtlich der Übertragung ihres jetzigen Rechtsstandes erreicht werden. Für ausscheidende Verwaltungsangehörige der Familienausgleichskassen, die weder von den Berufsgenossenschaften noch von der Kindergeldkasse übernommen werden können, wird eine Ruffindung gewährt.

Bei der Beratung im Ausschuss wurde mit Recht von dem Abg. Hörmann, SPD, das Verhalten des Vertreters des Finanzministeriums gerügt, der sich im Widerspruch zu der Meinung seines eigenen Ministers stellte und die Beschlüsse des Ausschusses kritisierte. Es wäre wünschenswert, wenn der Finanzminister Dahlgren den Herren seines Ministeriums nahelegen würde, die Beschlüsse der Legislative zu respektieren.

SFIO, Europa und Atlantikpakt

Die außenpolitische Linie der SFIO ist unverändert
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Kommunistische Partei Frankreichs bemüht sich in demagogischer Weise Gemeinsamkeiten mit den demokratischen Linksparteien, insbesondere mit den freisinnigen Radikalen, den Widerstandsdemokraten (Mitterrand) und auch mit der SFIO hervorzuheben, die es in Wirklichkeit nicht gibt. Ein besonderer Anlaß war die außenpolitische Debatte der französischen Nationalversammlung über die Ratifizierung des französisch-deutschen Vertrages. Die SFIO lehnte die Ratifizierung des Vertragswerkes Paris-Bonn bekanntlich aus strikt europäischen und atlantischen Erwägungen ab und hätte dafür gestimmt, wenn es ihr möglich gewesen wäre, eine Präambel hinzuzufügen, wie sie von der SPD vorgeschlagen und im deutschen Bundestag angenommen wurde. Die KPF hingegen lehnte das Vertragswerk aus ganz anderen Gründen ab, nämlich vom Standpunkt der sowjetischen Außenpolitik.

Dennoch bemüht sich die kommunistische Propaganda zwischen diesen beiden diametral entgegengesetzten Auffassungen eine Gemeinsamkeit zu konstruieren und findet dabei Beifall in der gutbürgerlichen "staats-erhaltenden" Presse.

Das Zentralorgan der SFIO "Le Populaire" bringt dazu eine Richtigstellung, die von der großen Presse wohlweislich totgeschwiegen wird, für die richtige Einschätzung der französischen Zustände aber zitiert zu werden verdient:

"Zu einer Zeit, in der Kommunisten und Gaullisten gemeinsam vorgingen, hat die SFIO sich für die Notwendigkeit einer französisch-deutschen Annäherung in Freundschaft und Vertrauen und gegen jeden Revanche-Willen erklärt. Unsere Ablehnung des französisch-deutschen Vertrages vom 22. Januar 1963 hängt insbesondere damit zusammen, daß dieser Vertrag zur europäischen Einheit und zur Geschlossenheit der Sechse keineswegs beiträgt und vielmehr ein ständiges Element der Spaltung in die Gemeinschaft hineinträgt.

Die Ablehnung des französisch-deutschen Vertrages durch die KPF hat also mit unserer Ablehnung nichts zu tun, es sei denn, die französischen Kommunisten wären plötzlich Anhänger eines integrierter Europa und es bestünde in ihrer Haltung nichts mehr von dem gegen Deutschland gerichteten Revanche-Geist der sowjetischen Außenpolitik.

Eine letzte Frage: Wie verhielt sich die KPF zu einer Präambel, wie sie auf Verlangen der SPD im deutschen Bundestag angenommen wurde? Der Text enthielt das Bekenntnis der Sozialisten zu Europa und zum Atlantikpakt.

Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Wozu also politische Verwirrung stiften?"

Die offizielle Stellungnahme der SFIO bringt nichts Neues über die grundlegende Haltung der französischen Sozialisten. Sie ist aber offensichtlich notwendig, um einer doppelten Demagogie entgegenzutreten, die sich gegenseitig nährt, sowohl in der kommunistischen, als auch in der reaktionären Propaganda.